

Prof. Dr. J. Schnell, GenLt a.D.

Universität der Bundeswehr München
Fakultät für Wirtschafts- und Organisationswissenschaften
- Sicherheits- und Militärökonomie -
- Streitkräftemanagement -

Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg

Juergen.Schnell@unibw-muenchen.de
Gabriel.Straub@unibw-muenchen.de

Tel. 0 89/ 60 04 - (0) 22 97



FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND
ORGANISATIONSWISSENSCHAFTEN
- SICHERHEITS- UND MILITÄRÖKONOMIE -
- STREITKRÄFTEMANAGEMENT -

Neubiberg, den 29.5.2000

ZUR DEBATTE UM DIE BUNDESWEHR - CHANCEN UND RISIKEN FÜR EUROPA

- Kurzkomentar auf Anfrage des Deutschlandfunks -

Stand: 29.05.2000

Zur Debatte um die Zukunft der Bundeswehr gehört die europäische Dimension und diese Dimension kommt in dieser Debatte insgesamt zu kurz.

Diskutiert werden vor allem Einsparmöglichkeiten und die Wehrpflicht. Haushalts- und innenpolitische Überlegungen dominieren diese Debatte.

Dabei wäre es viel wichtiger, diese Debatte in der europäischen Dimension und in der Dimension des NATO- Bündnisses zu führen, denn unsere Sicherheit kann nur eine Sicherheit im Bündnis sein.

Und hier wären wir gut beraten, uns noch einmal die Erfahrungen des Balkankonflikts vor Augen zu führen.

In der europäischen Perspektive sind aus diesem Konflikt mehrere Lehren zu ziehen.

Zuerst - wir müssen uns auf solche Krisen und Konflikte einstellen und vieles spricht dafür, daß wir es in den kommenden Jahrzehnten noch häufiger mit solchen Konflikten zu tun haben werden. In einer kleiner werdenden Welt werden solche Krisen auch rasch Europa erreichen.

Eine zweite Lehre ist, daß es bei der Bewältigung solcher Krisen ohne den Einsatz von Streitkräften nicht geht. Dazu braucht man genügend Soldaten für solche Einsätze und die hat Europa zur Zeit nicht. Erst vor wenigen Tagen beklagte der NATO- Generalsekretär, daß es zu wenig NATO- Truppen für den Kosovo gäbe und gemeint waren damit die Europäer.

Eine dritte und für die Europäer sehr bittere Erfahrung war, daß die Europäer militärtechnologisch weit hinter die USA zurückgefallen sind und das reicht von der so wichtigen Satellitenaufklärung bis hin zur intelligenten und Verluste sparenden Munition.

Und das berührt nun unmittelbar die aktuelle Debatte um die Bundeswehr.

In der europäischen Perspektive käme es vor allem darauf an, daß wir einen fairen Beitrag für das Teilen von Risiken und Belastungen in einer gemeinsamen europäischen Verantwortung leisten würden.

Wichtige Orientierungspunkte sind dabei unser Anteil an der Bevölkerung Europas

und das, was wir von unserem Bruttosozialprodukt für unsere Sicherheit und Verteidigung ausgeben.

Gemessen daran müßte die zukünftige Bundeswehr mindestens 300.000 Soldaten haben und der Verteidigungshaushalt müßte stark angehoben statt abgesenkt werden.

Die Absicht der Regierung geht jedoch genau in die andere Richtung. Die Bundeswehr soll auf weit unter 300.000 verkleinert werden. Statt der von den Verteidigungsministern der EU als dringend angesehenen Erhöhung der Verteidigungsausgaben sind drastische Absenkungen vorgesehen.

Und dies alles erfolgt ohne grundsätzliche und sorgfältige Konsultationen und Abstimmungen mit unseren europäischen Verbündeten. Vor wenigen Tagen hat die Weizsäcker-Kommission ihren Bericht vorgelegt und bereits im kommenden Monat will die Regierung über die Eckwerte der zukünftigen Bundeswehr entscheiden. Da bleibt gewiß keine Zeit, eine gemeinsame europäische Linie bei der Reform der Bundeswehr zu erarbeiten. So wie es aussieht, ist diese große Chance vertan. Stattdessen sieht alles nach einem deutschen Alleingang aus und das ist eigentlich das, was wir in der Perspektive einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem vermeiden sollten.

Mit den Reformvorschlägen aus dem Regierungslager sind deshalb erhebliche Risiken für unsere Bündnissolidarität und unsere Europafähigkeit verbunden.

Was bleibt zu hoffen? Zu hoffen bleibt, daß in der weiteren Debatte um die Bundeswehr die europäische Perspektive das Gewicht erhält, das ihr zukommt, und der verengende Blick auf eine rein nationale Haushaltspolitik aufgegeben wird.

Nur so lassen sich die europäischen Chancen nutzen, die die Reform der Bundeswehr bietet.